



« Die Schweizer Bevölkerung anerkennt die Notwendigkeit der Zuwanderung, aber will von der Politik jetzt Massnahmen sehen. »

Zuwanderungsprobleme jetzt anpacken

11.09.2024

Auf einen Blick

Die Schweizer Bevölkerung will, dass die Schweizer Wirtschaft weiter wachsen kann. Fast niemand will die dafür notwendige Zuwanderung abwürgen. Doch wie das Chancenbarometer 2024 zeigt, fordern die Menschen in diesem Land von der Politik Lösungen bei den Folgen des Bevölkerungswachstums.

Das Chancenbarometer 2024 zeigt ein differenziertes Bild: Die Bevölkerung sieht Chancen und Herausforderungen in zentralen Bereichen wie der Finanzierung des Gesundheitswesens, der Altersvorsorge und der Energieversorgung. Besonders deutlich wird der Wunsch, die grossen Herausforderungen jetzt anzugehen, statt sie weiter aufzuschieben.

Auch bei der Zuwanderung, dem diesjährigen Schwerpunktthema des Chancenbarometers, sieht die Bevölkerung Handlungsbedarf. Sie sieht die positiven Effekte auf das Wirtschaftswachstum und lehnt ein Verbot der Zuwanderung klar ab. Trotzdem fordert die Bevölkerung von der Politik jetzt

Massnahmen, um die unerwünschten Folgen des Bevölkerungswachstums zu begrenzen.

Die Wirtschaft ist und wird aufgrund der demografischen Entwicklung auch in Zukunft auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen sein. Dieser Fakt ist in der Bevölkerung unbestritten. Allerdings verlangt sie unmissverständlich Massnahmen, um Engpässe zu beheben, die durch das Bevölkerungswachstum entstehen. Der Handlungsbedarf ist auch für die Wirtschaft offensichtlich. Mehr noch: Die Wirtschaft arbeitet aktiv daran, damit griffige Massnahmen in den erwähnten Bereichen umgesetzt werden.

Beispiel 1: Wohnungsknappheit

In der Schweiz wird zu wenig Wohnraum gebaut. Während die Nachfrage durch Bevölkerungswachstum und Wohlstand steigt, hinkt das Angebot, besonders in urbanen Gebieten, hinterher. Langwierige Bewilligungsverfahren und zahlreiche Einspruchsmöglichkeiten verzögern Bauprojekte. Zudem bremsen starre Vorgaben in der Raumplanung die notwendige Verdichtung. Hier müssen dringend Lösungen her. Die Wirtschaft lehnt hingegen Eingriffe wie eine Mietpreisbremse ab, da diese das Problem nur weiter verschärfen.

Beispiel 2: Verkehrsinfrastruktur

Die Verkehrsinfrastruktur muss dringend ausgebaut werden. Bevölkerungswachstum und steigender Wohlstand führen zu einer höheren Nachfrage, auf die die Schweiz bisher nicht ausreichend reagiert hat. Die Bevölkerung fordert deshalb konkrete Massnahmen zur Behebung der Engpässe, ebenso wie die Wirtschaft, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen ist. Während der Ausbau des öffentlichen Verkehrs breite Unterstützung findet, betont die Wirtschaft die Notwendigkeit, auch die Strasseninfrastruktur zu erweitern, da hier der Grossteil des Personen- und Gütertransports stattfindet.

Beispiel 3: Inländisches Arbeitskräftepotenzial nutzen

Das inländische Arbeitskräftepotenzial muss besser ausgeschöpft werden. Trotz guter Beteiligung im internationalen Vergleich gibt es ungenutzte Reserven. Besonders bei Frauen, die oft Teilzeit arbeiten, weil es zu wenige bezahlbare Betreuungsangebote gibt oder die Zusatzarbeit sich kaum lohnt. Es braucht mehr politische Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür müssen auch die richtigen Anreize gesetzt werden. Die Einführung der Individualbesteuerung ist überfällig, und das Arbeiten über das Rentenalter hinaus sollte attraktiver gestaltet werden.

Die Wirtschaft erkennt die Folgen des mit der Zuwanderung einhergehenden Bevölkerungswachstum an. Deshalb sind sich Bevölkerung und Wirtschaft einig: Es braucht jetzt Lösungen, um diese abzufedern. Die Wirtschaft ist bereit, aktiv mitzuwirken und fordert wirksame Massnahmen, die die Probleme tatsächlich angehen. Kontraproduktive Massnahmen allerdings, die die Probleme nur bewirtschaften, lehnt sie dezidiert ab.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung